



# Offene Fragen und fehlende Konsequenzen

**Zwei Jahre nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)**

**Die Aufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) jährte sich jetzt zum zweiten Mal. Am 4. November 2011 hatten sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach einem Banküberfall in Eisenach in einem Wohnmobil das Leben genommen, kurz darauf setzte Beate Zschäpe die gemeinsame Wohnung in Zwickau in Brand und stellte sich wenige Tage später der Polizei.**

Neben Banküberfällen und Anschlüssen ist die Neonazi-Gruppe aus Jena auch für zehn Morde verantwortlich. „Viele Fragen blieben bislang offen, vieles bedarf noch der weiteren Aufklärung“, hatte Katharina König, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss, am 3. November betont.

### Tatgeschehen in Eisenach und Heilbronn im Fokus

Erst kurz zuvor war bekannt geworden, dass in dem ausgebrannten Wohnmobil von Böhnhardt und Mundlos in Eisenach eine unbekannte männliche DNA-Spur gefunden wurde, die mit Straftaten in drei Bundesländern verbunden wird.

„Das Tatgeschehen am 4. November in Eisenach wird uns im Thüringer Untersuchungsausschuss stärker beschäftigen, zu viele Fragen sind beim Wohnmobil-Komplex offen, etwa was

den Ablauf der Ereignisse oder auch die anschließende Spurensicherung des abgebrannten Fahrzeuges angeht“, sagte Katharina König.

Ebenso sei es Ziel, im Thüringer Untersuchungsausschuss den Mord in Heilbronn an Michele Kiesewetter sowie die Aktenvernichtungen im Bundesamt für Verfassungsschutz in den Fokus zu rücken. „Der Thüringer Untersuchungsausschuss hat bisher eine sehr gute, umfangreiche und detaillierte Arbeit geleistet. Trotzdem sind weiterhin viele Fragen offen.“

Dabei verweist die LINKE Landtagsabgeordnete beispielsweise darauf, dass sich immer noch die Frage stelle, wie der NSU die einzelnen Tatorte erkundete und auf welche Unterstützung aus lokalen Neonazi-Strukturen er dabei bauen konnte. Katharina König nennt in diesem Zusammenhang entsprechende Verbindungen des NSU zu den Tatorten.

„Alles was ich noch möchte, sind Antworten“, schrieb Aysen Tasköprü, Schwester des im Jahr 2001 vom NSU ermordeten Süleyman Tasköprü, in ihrem Brief an Bundespräsident Gauck. Für uns, den Thüringer Untersuchungsausschuss, sollte dieser Wunsch Ansporn und Auftrag unserer weiteren Arbeit sein“, so die Landtagsabgeordnete. Darüber hinaus sei es notwendig und Aufgabe der Parlamente sowie der Verantwortlichen in den jeweiligen Regierungen - ob Bund oder Land-, endlich Vorschläge zur Umsetzung der interfraktionell gefassten Schlussfolgerungen aus dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages vorzulegen. Katharina König kritisierte, dass in Thüringen weder im Bereich des Landesprogramms notwendige Korrekturen vorgenommen wurden, noch für die Bereiche Polizei und Justiz eine ernsthafte Debatte um veränderte Arbeitsweisen, Strukturen und personelle Konsequenzen geführt werde. Lediglich für den Verfassungsschutz sehe die Landesregierung bisher eine „Demokratie-Kosmetik“ vor, die allerdings mit notwendigen Schlussfolgerungen aus der Verstrickung der Dienste wenig zu tun habe.

### Tagung der Linksfraktion am 14. November

„Neben dem weiteren Versuch der Aufklärung im Untersuchungsausschuss sollte von den Ausschuss-Mitgliedern auch die notwendige Debatte zu Konsequenzen aus den Schlussfolgerungen des Bundesuntersuchungsausschusses für Thüringen mit forciert werden“, so Katharina König, die entsprechende parlamentarische Aktivitäten der Linksfraktion ankündigt. Mit einer öffentlichen Tagung am Donnerstag, den 14. November, unter dem Titel „Alles, was ich noch möchte, sind Antworten - Zwei Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU“ will die LINKE den Fokus darauf legen, was sich seit dem Bekanntwerden der rechten Terrorserie in Deutschland und Thüringen verändert hat. Mehr dazu auf S. 9 ■

## KOMMENTIERT:

von Diana Skibbe

### Eine Enteignung

Seit 88 Jahren wird Ende Oktober der Weltspartag begangen. Das Anliegen greift allerdings bei einer großen Gruppe möglicher Sparer kaum, denn die Zinseinnahmen aus Sparbuch und Sparkonto, Festgeld und Termingeld zwischen 0,1 und 1,0 Prozent liegen teilweise unter den in Rechnung gestellten Kosten für Kontoführung und Depotverwaltung. Rechnet man noch die Inflation von rund zwei Prozent jährlich dazu, ergibt sich ein Minusgeschäft. Von einer „schleichenden Enteignung“ spricht der Präsident des Versicherungsverbandes GDV. Hinzu kommt, immer mehr Menschen stehen am Monatsende schlichtweg keine liquiden Mittel mehr zur Verfügung, die angespart werden könnten. In Deutschland sind 14 Prozent der Bürger arm oder von Armut bedroht.

Nach dem Vermögensbarometer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ist für die Bürger die Sicherheit das wichtigste Kriterium der Geldanlagen. Seitdem die Sparer nun aber wissen, dass die Bundesregierung in diesem Frühjahr nur halbherzig eingeschritten ist, um die Haftung von Kleinsparern zu unterbinden, ist ein deutlicher Vertrauensschwund zu verzeichnen. Wer kann die Sicherheit bieten, dass es nach den zyprischen Kleinsparern nicht die deutschen sind, die mit ihrem Ersparnis für die Spekulationsverluste der Finanzjongleure haften sollen?

Laut Bundesbank haben wir bis April dieses Jahres 65 Milliarden Euro für die Rettung europäischer Banken gezahlt. Dazu kommen noch 280 Milliarden Euro, die der Steuerzahler seit 2008 für die Rettung deutscher Banken aufwenden musste. Diese Politik darf nicht weiter fortgesetzt werden. Die LINKE fordert deshalb, dass die Verursacher der Krise auch für die Verluste haften und nicht die Steuerzahler und Sparer. Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Niedrigrenten und dadurch soziale Ungleichheit nehmen in dem Maße zu wie das Sparpotential der Bevölkerung abnimmt. Gerade am Weltspartag sollte dieser Gedanke im Mittelpunkt stehen.

Es sei schlussendlich darauf hingewiesen, dass die LINKE im Thüringer Landtag unter dem Aspekt des finanziellen Verbraucherschutzes in Kürze eine Gesetzesinitiative zur Deckelung der Dispo- und Überziehungszinsen startet und auch eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen will. ■

## AKTUELL

# Langzeitarbeitslosigkeit im Allzeithoch

„Auch wenn der erste Blick auf die neuen Erwerbslosenzahlen in Thüringen wie ein sanftes Ruhekissen für Minister Machnig wirken mag, die Statistik der Arbeitsagentur belegt es: Langzeitarbeitslose und ältere Erwerbslose sind die Verlierer auf dem Thüringer Arbeitsmarkt“, sagte die LINKE Arbeitsmarktpolitikerin Ina Leukefeld. Selbstverständlich freue sie sich ausdrücklich für diejenigen Menschen, die in gute Beschäftigung gekommen sind. Dies dürfte trotz der zunächst hervorragend wirkenden Zahlen jedoch nur ein recht geringer Teil sein. „Mehr als ein Drittel der Thüringer Erwerbstätigen sind in atypischen und deshalb meist prekären Beschäftigungsverhältnissen angestellt. Viele von ihnen sind Aufstocker, weil der gezahlte Niedrig-

lohn nicht zum Leben reicht. Nach wie vor wird zudem die Erwerbslosenstatistik durch politische Vorgaben geschönt: Menschen, die krank oder in Maßnahmen sind, fallen ebenso aus der Statistik, wie Menschen, die zwangsverrentet wurden oder als ältere Erwerbslose schon lange kein Jobangebot mehr erhalten haben. Die reale Arbeitslosigkeit liegt deshalb deutlich über dem Fabelwert von 7,4 Prozent“, sagte die Abgeordnete.

Aber selbst die offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit verweisen bei genauerer Betrachtung auf enorme Missstände, die bei der LINKEN keine Feierlaune aufkommen lassen: „Die Quote der Langzeitarbeitslosen in Thüringen hat inzwischen traurige 36,5 Prozent erreicht. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Erfassung. Und

auch die Zahl der älteren Erwerbslosen nimmt im Jahresvergleich gegen den Trend leicht zu. Offensichtlich hat das Thüringer Wirtschaftsministerium beschlossen, diese von der positiven Entwicklung abgehängten Personengruppen im Abseits stehen zu lassen. Dies ist ein Armutszeugnis Thüringer Landespolitik. Die LINKE bleibt dabei: Wir brauchen mehr öffentlich geförderte Beschäftigung, um gerade auch Langzeitarbeitslosen wieder eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu geben. Hier muss im Rahmen der kommenden ESF-Förderperiode ein Schwerpunkt gesetzt werden, auch um für ältere Erwerbslose einen würdevollen Übergang bis zur Rente zu sichern, anstatt diese Menschen mit Zwangsverrentung in die Altersarmut zu entlassen“, forderte Ina Leukefeld. ■